

# Kommt die schweizerische Energiepolitik in Fahrt?

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme**

Band (Jahr): **37 (1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-781996>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Kommt die schweizerische Energiepolitik in Fahrt?

Die internationale Energieszene verdüstert sich sehr viel rascher, als man sich das vor einem Jahr vorgestellt hatte, als man sich landauf, landab mit der Stellungnahme zum GEK-Bericht befasste. Inzwischen ist es zu einer massiven Erdölpreiserhöhung gekommen, und eine weitere steht möglicherweise bevor im Zusammenhang mit dem Ölkrieg im Persischen Golf.

Bei den verantwortlichen Regierungsleuten zieht man Konsequenzen. Auf dem Juni-Gipfel in Venedig haben die Regierungschefs der sieben führenden westlichen Länder als Richtlinie für die Energiepolitik 1980–1990 eine Herabsetzung des Erdölanteils auf 40% postuliert. Der Erdölminister der EG-Länder hat dieser Tage in einem Vortrag in Basel dieses Ziel noch erheblich verschärft, indem er von einer Herabsetzung auf 35% sprach. Das würde beispielsweise für uns eine Halbierung des Erdölverbrauchs in diesem Jahrzehnt bedeuten!

Dieser Zwang zu einer raschen Verminderung des Erdölkonsums ergibt sich für die meisten Länder unter anderem aus den gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Stö-

rungen, die mit den Ölpreiserhöhungen verbunden sind. Diese führen zu einer fortschreitenden direkten Teuerung und zusätzlich zu inflationären Entwicklungen. Die Ertragsbilanzen der Erdölimportländer geraten immer stärker in die roten Zahlen. Erdöleinfuhren bedingen so eine immer stärkere Aufblähung des internationalen Kreditvolumens. Die sozialen Probleme, vorab eine steigende Arbeitslosigkeit, entsteht in diesem Zusammenhang dadurch, dass die Notenbanken versuchen, dieser inflationären Entwicklung Herr zu werden durch eine restriktive Geldpolitik, das heisst durch Investitionsdrosselung.

Die Schweiz ist vor diesen Problemen bis jetzt weitgehend verschont geblieben dank dem hohen Frankenwert und einem starken Überschuss der Ertragsbilanz. Doch mit dieser Herrlichkeit ist es nun auch am Ende. Der Aussenwert des Franks hat sich seit einem guten Jahr nicht unerheblich zurückgebildet, wodurch sich die importierte Teuerung wieder bemerkbar macht. Darüber hinaus sind unsere Ertragsbilanzüberschüsse im Zusammenhang mit dem letzten grossen Ölpreisschub

dahingeschmolzen wie der Schnee an der Sonne, und die nächste Ölpreiserhöhung wird auch der Schweiz eine negative Ertragsbilanz bescheren mit all ihren Konsequenzen, die man von andern Ländern her kennt.

So wird denn auch für die Schweiz eine rasche Aktivierung der Energiepolitik dringlich, vorab eine rasche, energische Senkung unseres Ölverbrauchs durch Sparmassnahmen und den Einsatz anderer Energieträger. Man scheint dies zuständigenorts im Bundeshaus, aber auch in den Kantonen, erkannt zu haben. Es ist da allerhand auf dem Weg. So kann man den Beschluss des Bundesrates, auf eine eigentliche Energiesteuer zu verzichten, dafür aber die Energie der Warenumsatzsteuer zu unterstellen und aus deren Ertrag energiepolitische Massnahmen zu fördern, im Sinne einer beschleunigten Aktivierung der Energiepolitik deuten. In gleicher Richtung zielt die Politik, Energiegesetze vorerst einmal in den Kantonen voranzutreiben. Dieses Vorgehen ist volksnaher, weniger Stolpersteinen ausgesetzt und kommt daher zügiger voran. Damit wachsen aber gleichzeitig auch die Chancen für

einen Energieverfassungsartikel. Ein solcher kann sich konzentrieren auf das Fördern, Koordinieren und Ergänzen. In wenigen Wochen wird man wissen, wie der bundesrätliche Vorschlag aussieht.

Dann wird im kommenden Jahr allerhand im Bereich der Atomenergie auf dem Weg sein. Es müssen die Gesuche für die geplanten Kernkraftwerke Kaiser-augst und Graben behandelt werden. Das dürfte Anlass geben für eine ausgedehnte öffentliche Auseinandersetzung über die schweizerische Energiepolitik insgesamt. Darüber hinaus wird auch die Totalrevision des Atomgesetzes anlaufen, die 1983 beendet sein muss.

Die Entwicklungen auf den Energiemärkten, insbesondere im Bereich des Erdöls, und ihre umstürzenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen werden die achtziger Jahre weitgehend bestimmen. Je rascher wir uns durch Sparen und Substituieren vom Erdöl lösen können, desto eher können wir uns abschirmen von den bevorstehenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Stürmen.

## Rentabilität der Produktion synthetischer Brennstoffe

**Realkosten noch schwer abschätzbar – Auf längere Sicht Vorteil gegenüber Erdöl**

Von James R. Hardcastle

*Der Verfasser ist Herausgeber des in Washington erscheinenden «Energy Research Digest», einer Publikation, in der die staatlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsprogramme auf dem Energiesektor erörtert werden.*

Ende 1979 bewilligte der amerikanische Kongress 20 Mrd. Dollar für die erste Phase eines nationalen Programms zur Produktion synthetischer Brennstoffe, das laut Präsident Carter insgesamt 88 Mrd. Dollar erfordern dürfte. Inzwischen befasst sich der Kongress mit Gesetzen, die für die Industrie die notwendigen Anreize schaffen, um die Werke bauen zu können. Dennoch ergeben sich viele Fragen durch das Programm, das bis 1987 eine Tagesproduktion von synthetischem Gas und Öl anstrebt, die 68000 Tonnen Öl entspricht. Diese soll bis 1992 auf das Vierfache (272000 Tonnen) gesteigert werden.

Wie, wo und woraus sollen diese Brennstoffe entstehen? Was werden sie kosten? Welche Auswirkungen werden – und dies ist aus-

serst wichtig – die riesigen neuen Anlagen auf die Menschen und das Umland haben?

### Allgemeine Fragen

In den Vereinigten Staaten sind Ölschiefer und Kohle die Hauptquellen für synthetische Brennstoffe. Die bekannten abbaufähigen Ölschiefervorkommen könnten schätzungsweise 75,3 Mrd. Tonnen Syntheseöl liefern. Synthesegas und synthetische Flüssigbrennstoffe, die weiteren 59 Mrd. Tonnen Öl entsprechen, liessen sich aus den riesigen amerikanischen Kohlevorkommen gewinnen, ohne die Verwendung von Kohle für die Direktverbrennung oder den Hüttenbedarf einzuschränken. «Diese Mengen», bemerkte kürzlich der Vorsitzende der Exxon-Corporation, C. C. Gar-

vin, «reichen aus, um den gegenwärtigen amerikanischen Tagesbedarf von 2,5 Mio. Tonnen für die nächsten 150 Jahre zu decken. Das ist mehr Öl, als in allen Opec-Ländern zusammen vorhanden ist.»

Ölschiefer wie Kohle verlangen langwierige Aufschlussverfahren, ehe sie Öl oder Erdgas ersetzen können. Um wirtschaftlich arbeiten zu können, müssen Abbaubetriebe und Produktionsanlagen gross ausgelegt sein. So dürfte beispielsweise der Kohledurchsatz eines kommerziellen Hydrierwerks, das Flüssigbrennstoffe herstellt, bei 30000 Tonnen pro Tag liegen. Erfahrungsgemäss vergehen sechs bis acht Jahre, um eine Anlage dieser Grösse zu planen und zu bauen. Und da man bei den ersten derartigen Betrieben in

Neuland vorstösst, sie vermutlich in wenig besiedelten, abgelegenen Gebieten erstellt werden und ganz neue Städte dazu gebaut werden müssten, könnten die Kosten noch weit über dem liegen, was für die Grossanlagen ohnehin schon angesetzt wird.

So schätzt Garvin – und Regierungsbeamte teilen seine Meinung –, dass die Synthesebrennstoff-Grossbetriebe Realkosten verursachen werden, die unter Berücksichtigung der Inflation irgendwo zwischen 2 und 4 Mrd. Dollar anzunehmen sind. Bei einer Tagesproduktion von insgesamt 68000 Tonnen Synthesebrennstoff in etwa zehn Anlagen wären somit 20 bis 40 Mrd. Dollar erforderlich. Um das für 1992 gesteckte Ziel zu erreichen, müsste das Vierfache aufgebracht werden.